

Parlamente auf dem Weg zur Nachhaltigkeitspolitik

Volkvertretungen spielen im Handlungsfeld „Nachhaltige Entwicklung“ bislang nur eine schwache Rolle. Doch es gibt einige Parlamente und eine Vielzahl einzelner Aktivitäten, die zeigen, welche Potenziale diese Institutionen haben. Zu den Vorreitern gehört der Deutsche Bundestag mit seinem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung.

Der Zuschnitt der politischen Institutionen in den industriell-kapitalistischen Gesellschaften ist mitverantwortlich dafür, dass wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Fehlentwicklungen nur unzureichend korrigiert bzw. nicht in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung gelenkt werden. Die bisherigen Umsteuerungsversuche waren wegen des für Nachhaltigkeit typischen Bedarfs an integrativen Problemlösungen weit weniger erfolgreich als erwartet. Eingeschliffene Verhaltensweisen, strukturelle Hemmnisse und systemische Trägheiten sind offenbar nur schwer zu beeinflussen, während sich gleichzeitig die Problemlagen weiter zuspitzen (vgl. Ismayr 2009). In den Industrieländern steht nun die Ausbalancierung von Interessen und Einflussfaktoren an, deren geografische und zeitliche Dimensionen die bisherigen Steuerungsmöglichkeiten übersteigen (vgl. Schöne & von Blumenthal 2009; WFC 2010). Sowohl die politische Wahrnehmung als auch die Umsetzung von Nachhaltigkeitsprinzipien stellen große Herausforderungen an die traditionellen Verfahren und die arbeitsteilige Organisation von Regierungen und Parlamenten (vgl. Göll 2004).

Um sich dieser Herausforderung zu stellen und nachhaltiger Entwicklung näher zu kommen, sind in mehreren Staaten, in zahlreichen Kommunen und Organisationen neue Gremien, Verfahren und Formen der Institutionalisierung von Nachhaltigkeit geschaffen worden. Hierzu gehören die Berufung von Nachhaltigkeitsräten, die Einrichtung von Staatssekretärsausschüssen (*green cabinet*), die Erarbeitung von ressortübergreifenden Nachhaltigkeitsstrategien, der Aufbau spezialisierter wissenschaftlicher Einrichtungen, die Einsetzung von Untersuchungskommissionen (Enqueten), die Etablierung von Dialogprozessen zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Umorientierung – und die dazu erforderliche Stärkung von Kompetenzen und Kapazitäten für langfristige und ressortübergreifende Politikformulierung – wurde seit den 1990er Jahren vorangetrieben und hat an